



## Agrarbündnis Niedersachsen

### Pressemitteilung

Hannover, den 27.03.2017

Vor der Bund-Länder-Agrarministerkonferenz (AMK) vom 29. - 31. März 2017 in Hannover:

### **Jetzt handeln: Bauern und Zivilgesellschaft gemeinsam für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft**

„Wir sind bereit für eine umweltschonende und sozial gerechte Landwirtschaft und eine artgerechte Nutztierhaltung. Dazu brauchen wir eine gesellschaftlich akzeptierte Agrarpolitik, bei der viele Bäuerinnen und Bauern wirtschaftliche Perspektiven sehen und berechnete Forderungen der Zivilgesellschaft an die Lebensmittelerzeugung umgesetzt werden. Worauf warten die verantwortlichen Landwirtschaftsminister?“ so die Sprecher im Agrarbündnis Niedersachsen, ein Zusammenschluss aus Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucher, Tierschutz, Handwerk und Eine Welt. Sie sind heute mit einer selbst geschweißten Skulptur - einem 3,10 m großen schweren Eisenteller - vor das niedersächsische Landwirtschaftsministerium gefahren, um ihre Forderungen an Minister Meyer zu überbringen. Meyer ist in diesem Jahr Vorsitzender der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern, die in dieser Woche in Hannover stattfindet.

Die Sprecher weiter: „Der große Teller macht deutlich, dass Essen, die Lebensmittelerzeugung und die wertvolle Arbeit von vielen Millionen Bäuerinnen und Bauern weltweit alles andere als selbstverständlich sind. Wir fordern die Agrarminister auf, die Agrarexporte zu Dumpingpreisen zu stoppen. Notwendig ist dagegen die Unterstützung von Selbsthilfe- und Marktentwicklungsprojekten, gerade in den afrikanischen Ländern zur Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. In der Tierhaltung fordern wir von der Agrarpolitik einen klaren Rahmen, wohin die Entwicklung gehen soll: Bäuerinnen und Bauern sind bereit zu einer Tierhaltung mit Auslauf, Weidehaltung und Stroh in den Ställen. Das Schwänzekupieren bei den Schweinen und das Schnäbelkürzen beim Geflügel muss beendet werden. Kommunen brauchen Mitspracherecht bei Überschreitung betrieblicher Bestandsobergrenzen. Förderobergrenzen sehen wir positiv. Für den Ackerbau muss die Einhaltung von Fruchtfolgen mit dem Anbau von Leguminosen, die Begrenzung der Schlaggröße sowie aktiver Wasser- und Klimaschutz auf die Tagesordnung gesetzt werden. Um diese notwendigen Veränderungen in den Ställen und auf dem Acker umzusetzen, müssen die Agrarminister einen Finanzrahmen für diesen Umbau in Höhe von 1 Milliarde Euro/Jahr beschließen, damit viele Bäuerinnen und Bauern diesen Weg wirtschaftlich mitgehen können. Wir fordern Bund und Länder auf, für die Bereitstellung dieser Mittel zu sorgen, um den Umbau in der Nutztierhaltung und die flächendeckende Ökologisierung des Ackerbaus mit Anreizprogrammen finanzieren zu können. Um das Höfesterben zu stoppen, fordern wir zum einen die mögliche Umschichtung landwirtschaftlicher Direktzahlungen in Höhe von jetzt 4,5 Prozent auf 15 Prozent für umweltschonende Ackerbauprogramme und artgerechte Nutztierhaltung zu erhöhen. Zum anderen muss der Aufschlag der Direktzahlungen auf die ersten Hektare von jetzt 7 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden, um die Zahlungen sozial gerechter zu machen und gerade auch den kleinen und mittleren Höfen sowie den ländlichen Regionen eine Perspektive zu geben. Alle Agrargelder sind in Zukunft sozial und ökologisch zu qualifizieren. Um ein erneutes Zusammenbrechen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu verhindern, müssen Marktkriseninstrumente zur Mengenreduzierung eingeführt werden, d.h. der Anstieg der Erzeugung in Überschusssituationen muss sanktioniert und Mengenvernunft belohnt werden. Wir erwarten von der AMK keine beschwichtigende Worte, sondern deutliche Beschlüsse für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft. Das geht nur mit einer Agrarpolitik, die ökonomisch existenzfähig für viele Höfe, sozial verantwortlich und ökologisch tragfähig ist sowie eine Basis für zukünftige Generationen auf dem Lande und die Akzeptanz der Zivilgesellschaft bietet.“

**V.i.S.d.P.:** Georg Janßen für das Agrarbündnis Niedersachsen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, mobil: 0170 - 4964684.

## **Anhang**

Zitate von Vertreterinnen und Vertretern beteiligter Organisationen und das Forderungspapier des Agrarbündnis Niedersachsen:

### **Zitate von Vertreterinnen und Vertretern beteiligter Organisationen des Agrarbündnis Niedersachsen zur AMK am 29. - 31. März 2017 in Hannover**

**Ottmar Ilchmann**, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Landesverband Niedersachsen, Milchbauer aus Ostfriesland, 0176 – 45000760:

"Die Krise in der Landwirtschaft ist nicht vorbei, gerade die tierhaltenden Betriebe stehen enorm unter Druck. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) fordert die Agrarminister auf: Setzen sie ein deutliches Signal gegen das Höfesterben! Konkret fordern wir die Erhöhung der Direktzahlungen für die ersten Hektare, darüber kann jedes EU-Mitgliedsland entscheiden. Die Zahlungen sind dann sozial gerechter und kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben wird eine Perspektive gegeben."

**Harald Gabriel**, Bioland e.V., LV Niedersachsen/Bremen, 0170 - 9045347:

„Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik ist für mehr Umweltschutz und artgerechte Tierhaltung ist überfällig. Der Biolandbau ist dabei ein wichtigster Trendsetter für eine Landwirtschaft der Zukunft. Die Agrarminister in Bund und Ländern sind gefordert, die Weichen für eine deutliche Ausweitung des Biolandbaus zu stellen. Strategiepläne dazu in Bund und Ländern sind langfristig mit ausreichend Mitteln auszustatten und die Rechtsicherheit für die Biobranche durch Stopp der Revision der EU-Öko-Verordnung und Weiterentwicklung des bewährten Bio-Rechts zu gewährleisten.“

**Tilman Uhlenhaut**, stellv. Geschäftsführer, BUND Niedersachsen e.V., 01577 - 4499120:

„Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland fordert die Agrarminister der Länder und des Bundes auf mehr Natur und Umweltschutz in die Agrarpolitik zu integrieren. Zum Schutze des Grundwassers, der Flüsse und der Meere müssen Nährstoffüberschüsse durch eine nationale Stickstoff- und Phosphor-Reduktionsstrategie abgebaut werden. Glyphosat, und Glufinosat dürfen nicht wieder zugelassen und die Neonikotinoide müssen verboten werden. Wir brauchen eine bundesweite Agrarpolitik, die der Artenvielfalt wieder eine Chance gibt!“

**Anke Kähler**, Vorstandsvorsitzende, Die Freien Bäcker e.V., 0170 - 4105983:

„LebensmittelhandwerkerInnen, regional-nachhaltig arbeitend, erkennen die Qualität ihrer Rohstoffe. Beispielsweise MetzgerInnen, ob ein Schwein auf Stroh oder Spaltenböden und wie dicht die Tiere gehalten wurden. Im Verbund mit regionalen Bauern und Bäuerinnen und unmittelbarem Kontakt zu den Kundinnen entstehen faire, transparente Strukturen auf die Verlass ist, die nicht dem existenzbedrohenden Auf und Ab globaler, spekulativer Märkte ausgesetzt sind. Deshalb fordern wir die AMK auf, bei ihren Beschlüssen klar und eindeutig eine sozial und ökologisch verantwortliche, bäuerliche Landwirtschaft und den Erhalt und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten zu berücksichtigen.“

**Dr. Claudia Preuß-Ueberschär**, Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V., 0171 - 2607584:

Die Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft lehnen die stattgefundene und weiter anhaltende Fehlentwicklung in der Landwirtschaft hin zur Intensivproduktion auf Kosten des Tierschutzes sowie auf Kosten der ökologischen Lebensgrundlagen ab. Wir in unserer Schlüsselposition als Tierärzte und in Verantwortung für Mensch, Tier und Natur fordern die Bundesregierung auf, endlich die politischen Weichen für den überfälligen Systemwechsel zu stellen, hin zu regionaler, naturerhaltender Landwirtschaft in bäuerlichen Strukturen. Wir fordern alle Verantwortlichen auf, die Exportstrategie und die unsägliche Überproduktion zu Lasten der Tiere aufzugeben, die Würde der Tiere zu respektieren, auf deren Leidensfähigkeit Rücksicht zu nehmen, Ressourcen zu schonen, die Arbeit der Landwirte zu achten und für deren Einkommenssicherheit zu sorgen. Das ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben für unsere Gesellschaft und für die Gesellschaften Europas!

**Helga Laue**, Bürgerinitiative LAHSTEDT-ILSEDE für TIER, MENSCH und UMWELT, 0151 – 50439234:  
Schützen Sie Boden, Luft, Wasser, Tier, Mensch und Umwelt! Verboten Sie Massentierhaltung, Agrarindustrie, Glyphosat! Schützen Sie unsere schöne Erde, die uns nur geliehen ist und die uns nur einmal zur Verfügung steht, die bewahrt und erhalten werden muss! Sorgen Sie für: Gerechtigkeit in dieser Welt, dass nicht "unser Vieh das Brot der Armen frisst" - Nachhaltigkeit - Biolandbau - "gute fachliche Praxis", wenn konventionell - Biodiversität - das Ende von "immer höher, immer weiter" - artgerechte Nutztierhaltung (ohne Verstümmelungen) - gute landwirtschaftliche Erzeugnisse zu gerechten Preisen - Wertschätzung von „Mittel zum Leben“ = Lebensmittel! Sie haben die Pflicht in Ihrem Amt, diese Erde zu bewahren und sie für unsere Nachkommen zu erhalten!

**Friedrich Pfeffer**, Slow Food Convivium Hannover, 0172 - 6739999:

„Wenn wir in Europa wirklich auf ein ökologisch nachhaltiges Ernährungssystem hinarbeiten wollen - und wir müssen - dann müssen wir die Probleme an der Wurzel und entlang der ganzen Wertschöpfungskette anpacken. Wir brauchen ein Ernährungssystem, das Lebensmittel im kulturellen, gesellschaftlichen und ökologischen Kontext sieht, ebenso wie im sozialen und im wirtschaftlichen. Wir brauchen dafür eine enge Partnerschaft zwischen Landwirten, Lebensmittelhandwerkern und Verbrauchern. Und wir brauchen politischen Willen, um dieses nachhaltige Ernährungssystem zu unterstützen. Wir fordern die Agrarminister des Bundes und der Länder auf, sich für die notwendige Umsetzung einer ganzheitlichen Gemeinsamen nachhaltigen Agrar- und Ernährungspolitik in Deutschland und EU einzusetzen und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.“

**Ilka Wäsche**, Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN), 0157/ 38700798:

„Wer den drohenden Hungertod – wie er derzeit 22 Millionen Menschen in einigen afrikanischen Staaten bevorsteht – auf Dauer verhindern will, muss neben der Nothilfe mit der Umsetzung der UN-Entwicklungsziele und ihrer Agenda 2030 Ernst machen. Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen fordert die AMK auf, dafür international Verantwortung zu übernehmen. Dies erfordert die Agrarexporte zu Dumpingpreisen in Entwicklungsländer zu reduzieren und die Subventionen zu Gunsten einer ökologischen und sozialen Landwirtschaft umzuschichten.“

**Johanna Böse-Hartje**, Bundesverband Deutscher Milchviehhalter, Landesteam Niedersachsen, 0176/61167942:

„Obwohl die Milchpreise mittlerweile bei 30/32 Cent liegen, ist die dramatische Lage auf den Höfen der Milchbauern bei weitem nicht beendet. Diese Milchpreiserhöhung ist der europaweiten Mengenreduzierung geschuldet. Daraus wird deutlich, dass unsere Forderung nach einem europaweiten Milchmarktkriseninstrument einer sofortigen Umsetzung bedarf. Wir erwarten von der Politik, besonders von Agrarminister Schmidt, seine Blockadehaltung diesbezüglich aufzugeben und in Brüssel nachdrücklich für die Interessen der Milchbauern und den Erhalt der bäuerlichen Milchwirtschaft einzutreten.“

## Organisationen des Agrarbündnis Niedersachsen

Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V.; ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V.; attac Hannover; Bauernhöfe statt Agrarfabriken - Landesnetzwerk Niedersachsen; Bioland Landesverband Niedersachsen/ Bremen e.V.; Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM); Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V. (BUND) Landesverband Bremen; Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V. (BUND) Landesverband Niedersachsen; Bürgerinitiative Flotwedel; Bürgerinitiative Lahstedt-Ilsede für Tier, Mensch und Umwelt; Bürgerinitiative Wietze e.V.; Demeter im Norden - Bäuerliche Gesellschaft e.V.; Die Freien Bäcker e.V.; Landesverband Niedersachsen des Deutschen Tierschutzbundes; Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) Landesverband Niedersachsen; pro M.U.T - Verein für Mensch Umwelt Tiere e.V.; Slow Food Convivien Braunschweig und Hannover; Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.; Junge Abl; Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.